

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr
In Dresden und Barock bei täglich zweimaliger Zubereitung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.
Anzeigen-Preise.
Die einpallige 37 mm breite Seite 4.— M. (bei Familienangelegenheiten, Einzelgen unter Stellen u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25.— M. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung
Berlinerstraße 38/40.
Druck u. Verlag von "epich & Reichardt in Dresden."
Verlags-Nr. 1068 Dresden.

Verkaufsstelle: Hauptbahnhof Dresden.
Vertriebsstelle: Gemeinnummern 25 241
Für die Nachgelieferer: 20011.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte - Lanz - Kochplatten.

Kakao
Deutschmeister
wird
hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Bergmanns Zahnpasta
Rosodont
seit 70 Jahren bewährt
Überall erhältlich

Das Saßprogramm des „starken Mannes“.

Der betrügerische Bankrott Deutschlands. — Sanktionen, Pfänder und Garantien.

Die französische Kammerdebatte.

Paris, 10. Jan. Das Palais Bourbon war während der Kammerdebatte von einem riesigen Polizeiaufgebot umgeben, da Gerüchte über beabsichtigte Unruhestörungen der Kommunisten verbreitet waren. Die Polizei hatte jedoch keinen Anlaß zum Einschreiten, die Ruhe wurde nirgends gestört. Die Sitzung begann kurz nach drei Uhr. Als Poincaré den Saal betrat, fluteten das Zentrum und die Rechte Beifall, während Sozialisten und Kommunisten tiefen Nieder mit dem Kopf schüttelten. Der Abg. Cachin wurde wiederholt zur Ordnung gerufen. Darauf verlas

Poincaré die Regierungserklärung.

Er in ihren wichtigsten Stellen folgendermaßen lautete: „Von dem Präsidenten der Republik zur Übernahme der Regierungsmacht unter ersenen Umständen berufen, hat das Kabinett, das sich Ihnen hiermit vorstellt, seinen anderen Auftrag, als in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament die Aktion vor den Verträgen herzustellen, die die Friedensbedingungen enthalten. Das Verschwinden der vorläufigen Notbehelfe erleichtert die Vorbereitung des Haushaltsvorschlages für 1922, aber so ernstlich auch unsere Bemühungen sein mögen, können wir doch nur dann ganz sicher sein, die französischen Finanzen zu retten, wenn Deutschland, für dessen Rechnung wir schon so viele Milliarden ausgelegt haben, sämtliche Verpflichtungen erfüllt. (1) Die es übernommen hat, und die Schäden wieder auf macht, die es verursacht hat. (2) Es wäre die schrecklichste Ungerechtfertigkeit, wenn ein Land, das einen unentschuldigten Angriff erdulden mußte und von dem 18 Departements durch die Invasion vernichtet wurden, nach seinem Siege auf seine Kosten die Ruinen wieder aufbauen müßte, die ein Krieg von vierjähriger Dauer auf seinem Gebiet geschaffen hat, und wenn es seinen Steuerpflichtigen summen müßte, die regelmäßigen Anwendungen für die Hinterbliebenen der Kriegsdienstigen, der Witwen und Waisen, für die Kriegsschädigten und Hinterbliebenen der bürgerlichen Familien, die vom Feinde erschossen worden sind, sicherzustellen.“

Eine schamlose Propaganda, deren geistige Urheber nur zu leicht zu vermuten sind, richtet sich heute gegen Frankreich

und bemüht sich, seine Haltung und seine Absichten zu entstellen. Man schildert uns in einer Weise als seien wir von einer Art imperialistische Follheit befallen. Wir fordern Einhaltung der Verträge, das Parlament anzuernennen hat und die die Unterdrückung Deutschlands, Frankreichs und seiner Alliierten tragen. Wir fordern nur Zahlung dessen, was man uns schuldet. Wie könne Frankreich in dieser wichtigen Frage nachgeben.

Deutschland behauptet, es sei zahlungsunfähig. Im Gegenteil, es verschleudert systematisch seine Mittel.

Es zahlt weniger Steuern als Frankreich, es erhält keine Steuerbeiträge unregelmäßig, es macht unbegründete Ausgaben und gibt Papiergeld aus, das den Wert seines Geldes verringert und seine Anleihe fürdert. Es sieht daran, daß seine Großindustriellen ins und ausländische Zahlungsmittel in ausländischen Unternehmen anlegen. Während es aber dieses scheinbare Geld organisiert, (1) verteilen seine Gesellschaften riesige Dividenden, arbeiten seine Fabriken in vollem Umfang, nimmt keine wirtschaftliche Stürze jeden Tag zu. Wenn sich der Staat ruiniert, bezeichnet sich doch die Nation. (2) Nun ist es aber die ganze Nation, die mit ihrem Einkommen und ihrem Kapital Bürge der Staatsschuld ist. Im Namen der Nation wurde der Vertrag von Versailles und der von der Reparationskommission aufgestellte Zahlungsplan, sowie die im Mai 1921 aufgestellte Gesamtforderung der Alliierten angenommen. Frankreich verteidigt nur die internationalen Abkommen. Es gehorcht weder einem Gefühl des Hasses und der Rachsucht, (3) noch den Einfühlungsvermögen des Egoismus. Es hat den lebhaften Wunsch, die Welt sobald wie möglich aus ihrem schmerzlichen Unbehagen herauskommen zu sehen, das auf ihr lastet. Die Regierung ist jedoch der Ansicht, daß die grundlegenden Bedingungen für den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau die Wiederherstellung der verwaunten Gebiete in den beiden Ländern ist, die zuerst von den Deutschen angegriffen wurden. Nicht nur die Gerechtigkeit fordert die Wiederherstellung, sondern das allgemeine Interesse der Welt. Denn Frankreich und Belgien verurteilt werden, so würde das einen unvermeidlichen Mißerfolg aller weiteren Versuche bedeuten.

Das Problem der Reparationen beherzigt daher alle anderen.

Wenn Deutschland in dieser wichtigsten Frage seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so werden wir die nach Ansicht der Reparationskommission zu erachtenden Maßnahmen zu prüfen haben. Die erste wird sich, ohne vorzugreifen, auf die Pfänder und Garantien (1) beziehen, deren Notwendigkeit anerkannt werden kann, und auf die Einrichtung einer wirksamen europäischen Kontrolle über den Reichshaushalt, die Notenausgabe und die Währungsverwaltung Deutschlands. So wichtig auch diese Angelegenheiten für Frankreich ist, so darf sie uns doch die anderen Bestimmungen des Vertrages von Versailles nicht vergessen lassen, wie die Abrüstung und die Bekämpfung der Kriegsverbrecher. (2) Solange

Wir und Lloyd George.

Je mehr der französische Militarismus sich aufbläht, als Amokläufer durch ganz Europa zu rasen und die kontinentalen Wiederaufbaupläne Lloyd Georges aufzuheben zu machen, desto mehr wird auch die britische Politik gezwungen, in ihrer Stellung gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner, dessen verbundene Weltweite sie nicht zu ändern vermag, Harde zu betonen. Neuerdings scheint sogar der Stellungsmagat Northcliffe, der bisher den Franzosen die Stange hielt, zu der Erkenntnis gekommen zu sein, daß mit dem sinnlos währenden Nachhaken seitens des Kanals in der praktischen Politik nichts anzufangen ist. Darauf läßt er auffällige Schwere der „Times“ schreiben, die sonst immer mit neuerlicher die Sache des französischen Chauvinismus vertrat, jetzt aber mit einem Male einen recht empfindlichen kalten Wassertrahl nach Paris gerichtet hat. Das Leitblatt erklärte, an ein Abkommen zwischen England und Frankreich sei nicht zu denken, wenn Frankreich den Versuch mache, eine besondere Klausel für die Verteidigung Polens darin aufzunehmen. Die französische Auffassung, daß Polen an Stelle Rußlands einen deutschen Angriff auf Frankreich verhindern soll, werde von England nicht geteilt. Wenn Frankreich die Absicht habe, sich seine Reparationen auf eigene Faust mit militärischen Mitteln zu beschaffen, so werde es die phantastische aller Enttäuschungen erleben. Mit dieser Stellungnahme der „Times“ gegen Frankreich hat Lloyd George einen großen Erfolg errungen, und die Londoner Politik ist dadurch in eine Phase getreten, in der sich für uns die zwingende Notwendigkeit ergibt, zu einem klaren Urteil über die politischen Ziele Lloyd Georges zu gelangen, wenn wir England gegenüber die richtige Einstellung gewinnen wollen. Von diesem Standpunkte geht auch eine Betrachtung der „Krenz-Bl.“ aus, die deshalb besonders bemerkenswert ist, weil sie offenbar die in maßgeblichen konservativen Kreisen herrschenden Anschauungen widerspiegelt. Der Kern der Ausführungen beruht darin, daß dem deutschen politischen Publikum geraten wird, Lloyd George weder zu hassen, noch zu lieben, sondern ihn ruhig und nüchtern nach unserem realpolitischen Interesse zu würdigen. Von diesem Gesichtswinkel aus sei es unvermeidbar, daß Lloyd George mit Aufricht, Tatkraft und Fähigkeit das dem englischen Nutzen dienende Ziel verfolge, die deutsche Stellung so weit zu härten, daß Deutschland in den Stand gesetzt wird, Frankreich wieder in Schach zu halten. Dabei dürfen wir natürlich keinen Augenblick vergessen, daß es nicht Freundschaft für uns ist, was Lloyd George zu seinem Handeln bestimmt, sondern daß lediglich das britische Interesse die Triebfeder seiner Politik bildet, und dementsprechend wird er auch in der Förderung der deutschen Weltanschauung nie über die Grenze hinauszugehen, bis zu der England das Wiedererwachen der deutschen wirtschaftlichen Lebenskraft als nicht für sich selbst gefährlich erachtet. Einweilen aber liegt unsere Stärke gegenüber Frankreich in der Richtung des britischen Vorteils, und deshalb müssen wir unsere Politik darauf einstellen, daß ebenfalls einweilen das deutsche Interesse mit dem britischen Hand in Hand geht. „Das nicht sehen zu wollen“, meint das konservativ-organ, „weil England uns von unserer Höhe herabgeworfen hat, weil die Methoden des englischen leitenden Staatsmannes uns anstößig sind, oder weil wir wissen, daß uns über kurz oder lang gegensätzliche Interessen wider trennen werden, wäre töricht. Wir dürfen unter Herz nicht in unsere Politik legen. Wir brauchen England nicht zu lieben, wenn wir mit unserer Politik an seine Seite treten. Es will sich auch gar nicht leben lassen. Und aufgedrängte Liebe wirkt aber entfernend und abstoßend.“

Die Aussprache.

In der auf die Rede folgenden Interpellationsdebatte erklärte der Sozialist Barone, Poincaré habe mit der Tradition gebrochen, daß ein ehemaliger Präsident der Republik sich in das Privatleben zurückziehe. Die Sozialisten seien seine entschlossenen Gegner, da die Rückkehr Poincarés zur Macht die Rückkehr zur militaristischen Politik bedeute und im Lande Unruhe hervorzurufen habe. (Hochrufen: Wo herrscht Demunstrations in Berlin! In Moskau!) Das neue Kabinett dürfe den Wünschen Poincarés kaum entsprechen. Er habe ein Kabinett der nationalen Einigkeit schaffen wollen, habe aber nur ein Kabinett des nationalen Blochs zustande bringen können. Dieses sei nichts anderes als

ein Kabinett Briand ohne Briand.

denn ein der Mitarbeiter Briands seien in das neue Kabinett übernommen worden. Entweder war es also unrichtig, Briand zu hassen, oder Unrecht seine Mitarbeiter zu übernehmen. Der Friedensvertrag sei nicht nur zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossen worden, sondern zwischen den Alliierten und Deutschland. Die Politik Poincarés führe zur Isolierung. Ich verlange von Ihnen, daß Sie nicht denjenigen Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland unterstützen, der reparieren will. Ich habe auch die Überzeugung, daß, wenn Sie alle anderen Vorschläge zurücklassen, Sie früher oder später, ich glaube im Jahr, an den Vorschlag zurückkehren werden, die praktische Menschen allein für realisierbar halten, nämlich, daß Deutschland bezahlen muß, was es mit Geld bezahlen kann und was nach internationalem Urteil mittels einer Wiederaufbaupolitik Europas aufgebracht wird, die in Genua beschlossen wird.

Der Kommunist Cachin sprach davon von der Konferenz von Genua.

Er erinnerte weiter an die Politik, die Poincaré 1914 getrieben habe und an die Briefe, die Nowkoff an Salanow gerichtet habe. Ministerspräsident Poincaré antwortete: Ich sehe diesen Briefen das formelle Zement entgegen. Ich habe sie niemals gesehen, sie existieren nicht! Abg. Cachin erwidert: Wenden Sie sich an Nowkoff! (Mehrere Abgeordnete rufen: Der ist tot.) Poincaré erklärt: Diese Briefe existieren nicht und wenn sie existieren, dann sind sie falsch. Weiter wird die Kammer bald ein Votum über alle Geiselnisse auf dem Balkan erhalten. Abg. Cachin fährt fort: Wir glauben an Selbstbehalt nicht mehr. Poincaré erwidert: Ich antwortete Sie, selbst die Trepelchen durchzubringen, die sich am Canal d'Orfen befinden. Cachin beendet seine Rede mit dem Satz, das Proletariat sei gegen jede Politik, die wieder zum Krieg führen könne. Der Abg. Bonnet hielt alsdann eine Rede, von der Dasas behauptet, daß niemand ihr zuhöre. (Den weiteren Bericht siehe Seite 2.)

Das Testament seines großen Vorgängers Pitt zurückgeben will, und wir können dann von unserem Standpunkte aus nur wünschen, daß sich die innerpolitische Situation des Premier für die Dauer genügend sichern möge, um ihm die Möglichkeit zu gewähren, den Kontinent aus dem trüben Nebellicht eines wirklichen Friedens in das helle Sonnenlicht eines wirklichen Friedens zu führen, der von keinem französischen Zitterfieber mehr labortiert werden kann.

Vond George selbst fühlt das dringende Bedürfnis, die gegenwärtige, auf Grund der letzten Wahlen 1918 zustande gekommene Koalition durch ein zeitgemäßeres Gebilde zu ersetzen. Er wünscht sich von der Wählerschaft seine in gewissem Sinne diktatorische Stellung neu beglaubigen zu lassen und sich zugleich ein förmliches Mandat für seine kontinentale Wiederaufbaupolitik zu verschaffen. Die ihm ergebene Presse weist bei der Erörterung des Kapitels der Neuwahlen darauf hin, daß die Hindernisse dieser Politik in Frankreich liegen, und daß sowohl Frankreich wie Europa gegenüber Vond George und seine Regierung viel härter dastehen würden, wenn sie durch die Wählerschaft ein Mandat vom ganzen Lande erhielten, das sie befreit, die Politik fortzusetzen, die sie zur Wiederbelebung des Handels und Handels auf dem Kontinent in Angriff genommen hätten. Die Kontroversen des rechten Flügels wollen von einer erneuten Beilegung der Stellung Vond Georges nicht wissen. Sie haben sich scharf gegen die baldige Ausdehnung von Neuwahlen ausgesprochen und erklärt, daß sie keinesfalls als Anhänger der Koalition zur Urne schreiten würden. Vond George will sich ebenfalls von der Abhängigkeit von den Hochkonservativen freimachen und trägt sich mit dem Plane, eine neue liberale Mittelpartei zu gründen, die nach rechts und links ausgleichend wirken und die sanitäre Grundlage des englischen Parteiensystems bilden soll. Der Premier hat für seine neue Parteibildung den rechten Flügel der liberalen Partei und den linken Flügel der Konservativen in Aussicht genommen, der aus den ehemaligen, zu den Konservativen übergetretenen Liberalen, den sogenannten Unionisten, besteht. Am morgigen Sonntagabend soll eine große Parteiverammlung in der beiden Gruppen stattfinden, für die eine mit allgemeiner Spannung erwartete Rede Vond Georges angekündigt ist. Man sieht bei dieser Gelegenheit auch einer Erklärung Vond Georges über den Termin der Neuwahlen entgegen, die ein Teil der Presse bereits für den Februar erwartete. Der Umstand aber, daß der Zusammentritt des Parlaments vom 1. auf den 7. Februar verschoben worden ist, wird in dem Sinne gedeutet, daß die Regierung die Ausschreibung von Neuwahlen auf eine spätere Zeit, etwa April, verschieben wollte.

Die Unionisten stellen für ihren Beitritt zu der neuen Partei, die den Namen „National Liberal Party“ tragen soll, und in der neuen Vond George Winston Churchill die bedeutendste führende Persönlichkeit sein wird, die Bedingung, daß die Gleichberechtigung des Oberhauses mit dem Unterhause wiederhergestellt wird. Damit muß Vond George einverstanden sein, was er selbst 1911 verweigert hat. Damals beantragte er die verfassungsmäßige Stellung des Oberhauses mit Hilfe der Liberalen, indem er ihm in finanziellen Fragen nur eine beratende Stimme beilegte und im übrigen den Verstand lediglich ein aufsehendes Vetorecht gegen Beschlüsse des Unterhauses einräumte, das unwirksam wird, wenn das Unterhaus in nochmaliger Abstimmung auf seinem Standpunkte beharrt. Es ist nicht anzunehmen, daß Vond George, um die Gründung der neuen Partei nicht zu gefährden, ohne weiteres der unionistischen Forderung nachgeben und das Oberhaus wieder in seine alten verfassungsmäßigen Rechte einsetzen wird. Dafür werden dann die Unionisten sich nicht gegen die liberale Forderung nach einer den modernen Verhältnissen angepaßten Zusammenlegung des Oberhauses stellen. Die Liberalen wünschen, daß die Erblichkeit der Sitze im Oberhaus weitgehend beseitigt und der reichlich verzögerten Adressen durch die Annahme von Vertretern der verschiedenen Berufsstände neues Blut zugeführt werden soll. Hier stellt sich also dieselbe Erscheinung ab, die man in Deutschland in der letzten Zeit vor dem Ausbruch des Krieges in Gestalt der Bewegung zur Reform der Ersten Kammer beobachten zu beobachten Gelegenheit hatte. Die Erwerbshände drängen mit Macht, zu Sitz und Stimme in den Oberhäusern zugelassen zu werden, und sie wären auch überall mit ihrer Forderung durchgedrungen, wenn nicht die Umwälzung dazwischen gekommen wäre und die im Interesse einer sachlichen Behandlung der parlamentarischen Vorlagen durchaus wünschenswerte Einrichtung der Ersten Kammer überhaupst beseitigt hätte. Auch in England wird sich jetzt eine derzeitige zeitgemäße Reform nicht länger umgehen lassen, und in Deutschland kann dann die Demokratie aus dem Beispiel des britischen parlamentarischen Mutterlandes die Lehre entnehmen, daß das demokratisch-parlamentarische Prinzip keineswegs mit absoluter Notwendigkeit das Einstimmentum fordert, sondern daß angemessene reformierte Erste Kammern ein höchst nützlich Gegenmittel gegen die Schädlichkeiten darstellen, die mit der Entlastung der von den Schwankungen der parteipolitischen Gruppen abhängigen reinen Volkskammern unvermeidlich verbunden sind.

Besetzt Vond George, die Mittelpartei ins Leben zu rufen, so wird dadurch das neue politische Leben Englands auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden. Rechts und links von der Mittelpartei bleiben dann nur noch bürgerliche Gruppen übrig, die für sich allein unfähig wären, einer Regierung als verlässliche parlamentarische Stütze zu dienen, und die Lage würde beherrscht von der Mittelpartei und der Arbeiterpartei, die beide in dauernder Koalition verbleiben müßten, da voraussichtlich keine eine solche Mehrheit auf sich vereinigen könnte, daß sie ohne die Unterstützung der anderen zu regieren vermöchte. Es bereiten sich somit wichtige Entscheidungen im innerpolitischen Leben Englands vor, die auch die auswärtige Politik in bedeutungsvoller Weise beeinflussen werden. Vond Georges Stellung ist durch die Erfolge, die er in Dublin und Washington erzielt hat, sowie durch die Erkenntnis der englischen öffentlichen Meinung, daß der französischen Vorkriegslage ein Stoppaum angelegt werden muß, so sehr geschärft worden, daß er den Neuwahlen im Schoße seiner neuen Mittelpartei mit voller Ruhe und Sicherheit entgegen sehen kann, und damit darf auch Deutschland zufrieden sein.

Das Vertrauensvotum für Poincaré.
Paris, 19. Jan. Ministerpräsident Poincaré nahm nach Schluß der Debatte die Tagesordnung an, die die Erklärung der Regierung bildet, ihr das Vertrauen auszusprechen, jeden weiteren Anlauf abzulehnen und zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Tagesordnung wird die Priorität mit 472 gegen 107 Stimmen zugesprochen und schließlich die Tagesordnung durch Annehmen der Hände angenommen.

Eine zweite Rede Poincarés.
Vor der Annahme der Vertrauensstimmungsfrage trat Poincaré nochmals das Wort. Er führte aus: Sie haben mich nicht noch meiner Vergangenheit, sondern noch meinen zukünftigen Handlungen zu beurteilen. Aber ich habe nicht zu desponieren, denn ich wollte stets dem Lande dienen. Als war Ministerpräsident, als die ersten Wahlen auf dem Balkan ausfielen. Mit dem Präsidenten der Republik, Poincaré, und dem Vizepräsidenten aller Deputierten haben wir uns bemüht, die Gefahr zu beseitigen. Gegen den Willen der französischen Regierung ist der Krieg ausgedehnt. (Vehementer Beifall, mit Ausnahme der äußersten Linken.) Wenn ich aber der Mann wäre, als den mich Godin hingerichtet hat, so würde ich mich selbst verabschieden. (Vehementer Beifall.) Von der Linken wird gerufen: Die Geschichte wird urteilen! Poincaré, fortsetzend: Ich fürchte das Urteil der Geschichte nicht, aber ich habe die Geschichtsfächler. (Beifall.) Als der Krieg gegen Frankreich erklärt wurde, war mein eigentlicher Wunsch, den Sieg mit dem Beifall aller im Burgfrieden sicherzustellen. Minister aller Parteien

Die Finanznot der Gemeinden vor dem Reichstag

(Nachricht von unserer Berliner Korrespondenz)

Berlin, 19. Jan. Präsident Lohbe gedachte bei Eröffnung der Sitzung, während das Haus sich erhob, des Ablebens des Abgeordneten v. Deibitz (D.M.). Er verlebte auf seine mannigfache Tätigkeit im Dienste des Vaterlandes und auf seine Mitarbeit in Verfassungsausschüssen in Weimar. Ein vornehmer Mann, so lobte er, der nie verlegen konnte, ein pflichttreuer Charakter, der nie ermüdete. Es das Leiden ihn niederzulegen, ein guter Mensch ist in ihm von uns gegangen. — Für den Abgeordneten v. Deibitz tritt Frau Hoffmann, Wismar, in den Reichstag ein.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über die Entschädigung der zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Vertrauensmänner. Die sollen neben den Kreislichen Tagelöhler erhalten. — Abg. Dr. Kistenfeld (Unabh.) fordert darüber hinaus volle Entschädigung. Schöffen und Geschworene müßten vom deutschen Volke gewählt werden. — Reichsfinanzminister Dr. Hermes: Eine solche Erhöhung der Bezüge der Schöffen und Geschworenen sehe ich als eine dringende und drängende Aufgabe an. Sie unterliegt gegenwärtig dem Meinungsaustrausch der Länder, ebenso wie die Frage, ob man das bisherige System der Tagelöhler durch das System der Entschädigung ersetzen soll. Die Umgestaltung des Auswahlapparates wird einer der Hauptpunkte des Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichte werden müssen. Dieses Gesetz unterliegt gegenwärtig der Stellungnahme der Länder. Der Entwurf dürfte im März im Kabinett eingebracht werden können. Das Gesetz würde darauf in allen drei Lesungen unverändert angenommen. — Auf der Tagesordnung hand dann eine demokratische Interpellation über

Die finanzielle Not der Gemeinden.
Abg. Dr. Hüls (Dem.) führte hierzu aus: Die Gesetzgebung nach Weimar hat die Selbstverwaltung auf das größte beschaffen. Das Reich habe den kleinen Gemeinden 50 Prozent ihrer Selbstverwaltung genommen. Es wäre viel zweckmäßiger gewesen, wenn nicht das Reich, sondern die Gemeinden die Träger und Wirtschaftster der Einkommensteuer geworden wären. Infolge der Rückständigkeit des Reiches bei der Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuer wüßten die Gemeinden heute noch nicht, mit welchen Einnahmen sie rechnen könnten. Dabei seien ihnen immer neue Aufgaben mit ungeheuren Kosten auferlegt worden. Eine stärkere Finanzkontrolle der Städte durch den Staat sei nicht erforderlich. Erwogenwert sei dagegen vielleicht der Gedanke einer Reichs-Gemeindeordnung mit dem Ziele der Stärkung und Ehrerheit der Gemeinden.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:
Die Schwierigkeiten der Gemeinden sind und seit langem bekannt. Der Entwurf einer Novelle zum Landessteuerergesetz, der die Gemeinden besser stellen will, ist dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Sobald der Reichstag über die wichtigsten Steuerergesetze entschieden hat, beschließt ich, die Landesfinanzminister zu einer Konferenz darüber einzuladen, mit den Gemeinden zu helfen ist. Velder läßt sich im Augenblick nicht übersehen, welche Beiträge den Ländern und Gemeinden aus den Heberweinsteuern zuzuführen werden. Die Mehraufgaben infolge der Beschleunigung der Reichsregulierung als eine Folge der Selbstverwaltung, die automatisch durch die Erhöhung der Einnahmen einen Ausgleich finden werden. Das Reichliche sollen die Länder den Gemeinden als Zuschuß gewähren nach Möglichkeit, die zwischen Reich und Ländern vereinbart werden sollen. Das Reich hat sich bereits früher bereit erklärt, Vorschläge zu gewähren, und das ist im übrigen geschehen, soweit die Länder Vorschläge angefordert haben. Sie betragen bisher schon über 5 Millionen Mark. Das Reich beschließt nicht, in direkte Beziehungen zu den Gemeinden zu treten. Vorschläge können schon deshalb nur an die Länder beauftragt werden, weil, mit Ausnahme der Umlagesteuer, nur den Ländern, nicht den Gemeinden ein unmittelbarer Anspruch gegen das Reich zusteht. In allen deutschen Einzelstaaten haben die Länder ein Aufsichtsrecht über die Gemeinden. Wenn die Reichsregierung also eine

Vollzug der Ausgaben der Gemeinden
fordert, so hält sie sich im Rahmen der bisherigen Verfassung. Einzelheiten werden die Richtlinien zu bestimmen haben. Es muß aber schon jetzt gefordert werden, daß die Gemeinden die Vorschriften der Beschleunigungs- und Sparergesetzes spätestens bis zum 1. April d. J. durchführen. Davon müssen wir die Bewilligung weiterer Vorschläge abhängig machen.

wurden berufen, um mit dem Präsidenten der Republik zu arbeiten. Heute würde ich keine Aufgabe übernehmen, die nicht einer nationalen Einigkeit entspreche. Nach dem Kriege keine leber dazu, nur seine einzelnen Reiden zu erkennen. Frankreich habe aber das Recht, zu sagen, daß es am schwersten gelitten habe. Die Finanzlage erfordere gebieterisch, daß alles, was bezahlt werden könne, bezahlt werde, aber selbst mit dem drückendsten Budget könne das Defizit nicht gedeckt werden, wenn Frankreich nicht die beträchtlichen Vorschläge erhalte, die es für Deutschland gemacht habe. Die Kriegsschulden seien auf

Systematische Vermittlungen
zurückzuführen. Eine offizielle Broschüre stelle fest, daß ein Einverständnis zwischen dem deutschen Generalstab und dem deutschen Großhandel, Frankreichs Industrie und seine Betriebe zu vernichten und damit Frankreichs Macht. Jeder Versuch auf unsere Forderung wäre eine Ermüdung dazu, aufs neue zu beginnen. (Vehementer Beifall auf allen Bänken, mit Ausnahme der äußersten Linken.) Ich weiß sehr gut, daß Deutschland beschwiegen, daß es für den Krieg nicht verantwortlich sei. Eine Postkarte, die von „Lithet im“ unterzeichnet sei, trägt die Worte: Die Behauptung, daß Deutschland den Krieg verursacht habe, ist eine schamlose Lüge. Diese Lüge nehmen wir auf unsere Schuttern. (Vehementer Beifall.) Die Geschichte wird Deutschland unter der Mitschuld Österreichs für den Krieg verantwortlich erklären. Deutschland hat die Kriegsschulden durch die Ablösung der Franzosen, der Griechen und der Perser (alle 11) der Handelsflotte erwirkt, und die internationalen juristische Kommission für die Kriegsschulden hat entschieden, daß die Schuldlasten gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles angedeliefert werden sollen. (Der Schluß dieser Rede lag beim Abbruch des Blattes noch nicht vor. D. Red.)

Ein Kohlenlieferungsprogramm der Reparationskommission.

Paris, 19. Jan. Die Reparationskommission veröffentlicht folgenden Bericht: Die Reparationskommission hat beschlossen, an Stelle der Monatsprogramme für Kohle und Holz ein innerhalb des Zeitraumes von drei Monaten (Dezember, März, April) zu bewerkstelligendes Lieferungsprogramm zu legen. Die während dieses Zeitraumes zu liefernde Gesamtmenge würde auf 5750 000 Tonnen festgelegt, wozu der Holz durch sein Äquivalent an Kohle angebracht ist. Es wurde vereinbart, daß die Lieferungen sich ziemlich gleichmäßig auf drei in Aussicht genommene Perioden verteilen sollen. Die deutsche Delegation hat die letzte Verpflichtung übernommen, das angeordnete Programm auszuführen. (H. T. B.)
Wieder ein Kabinett Bratiun in Rumänien.
Bukarest, 19. Jan. Der König hat die Demission Take Jonescus angenommen und den Führer der Liberalen, Bratiun, mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut.

An der Besprechung wies Abg. Heilmann (Soz.) darauf hin, daß die Gemeinden kaum noch in der Lage seien, die allernötigsten Verpflichtungen zu erfüllen. Die hätten im Kriege weit über ihre Verpflichtungen hinaus dem Reiche zur Seite gestanden und die Folgen des Krieges gemildert. Jetzt seien sie

an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen. Der Vorschlag, die Mitglieder aller Verbände, die am Gemeinleben besonders interessiert sind, zu einer freien Vereinigung zusammenzuschließen, sei zu begrüßen. Die Bestimmungen über die Durchführung der künftigen Besoldungsreform seien für die Gemeinden geradezu niederschmetternd.
Abg. Dr. Gerschl (Centr.): Wer den deutschen Städten hilft, der hilft dem deutschen Volke; wer die Selbstverwaltung schädigt, der schädigt ein hohes, kostbares Gut. Diese Gemeindefragen dürften nicht parteipolitisch aufgezogen werden. Nur im März/April ist es heute noch einige Gemeinden, wo keine Steuern erhoben werden, sondern die Bürger noch Zuschüsse in Höheleistungen erhalten. Den abgerufenen Gemeinden in Deutschland rufe ich einen herzlichen Gruß zu, damit sie leben, daß auch wir ihrer nicht vergessen. (Beifall.) Die Städte haben finanziell Ungeheures geleistet. Wieder autzumachen ist die Entlastung der Steuerhöhe der Gemeinden. Auch ein großer Teil eines idealen Gutes ist den Städten damit genommen worden.

Abg. Herndt (D.M.): Ich will keine Vorwürfe machen, es aber historisch feststellen, daß wir Deutschenationalen an dieser Steuererhebung nicht schuldig sind. Wir haben schon in der Nationalversammlung genug gewahrt. Unsere Vorschläge sind aber unbeachtet geblieben, obwohl sie von dem berufenen Sachverständigen herrühren, dem Deutschen Städtetag. Man verzichte die auf der Selbstverwaltung bestehende Blüte der deutschen Städte, indem man ihnen die Steuerhöhe nahm. Dabei ist heute das Reich nicht einmal Herr seiner Einnahmen und Ausgaben. Sie werden von der Entente bestimmt.
Aus außenpolitischen Gründen hätte man also die finanzielle Selbstständigkeit der Städte nicht einschränken dürfen, sondern sie erweitern müssen. Dann hätten bei einem Zusammenbruch des Reiches und der Staaten wenigstens die Städte die Grundlage des Wiederaufbaues bilden können.

Wäre man konsequenter gewesen, so hätte man, nachdem den Städten die Einnahmen belästigt wurden, auch die Ausgaben vermindern müssen. Das Reich muß sich unbedingt von allen Realsteuern fernhalten. Das Aufsichtsrecht ist selbstverständlich, aber das Reich will offenbar ein neues Kontrollrecht über die Gemeinden haben. Ein großer Teil der Finanzpläne des Reiches beruht auf der Grundidee leistungsfähiger Gemeinden. Sie müssen als Fundament des Wiederaufbaues weiterleben. Ohne Selbstverantwortung ist Selbstverwaltung nicht möglich.
Abg. Dr. Scholz (D. Sp.): Einer der Hauptfehler unserer Finanzgesetzgebung der letzten Jahre ist der, daß man den Städten jede Verantwortung genommen hat. Wie sollen die Städte sparen, wenn sie doch wissen, daß zum Schluß der ante Bayer, das Reich, das Defizit decken wird. Zwei Oberbürgermeister haben mir erzählt, daß das Reichsministerium bei jedem Streik den Gemeinden rät, höhere Tarife zu bewilligen, weil sonst der Streik weiter am sich greife und das Reich in gefährliche Schwierigkeiten gerate. (Hört, hört!) Den notwendigsten Ausgaben stehen keine entsprechenden Einnahmen gegenüber.

Warum hat man nicht die bisherige Steuererhebung durch die Gemeinden beibehalten? Es ist noch nicht zu spät, ein energisches Recht auf diesem Wege zu ergreifen.
Im Vordrucke steht auch der Gemeinden ein großer finanzieller Faktor gegeben werden, auf dem sie ihren Staat aufbauen können. Weht es nicht mit der Abgabe der Einkommensteuer an die Gemeinden, so muß man die Beteiligung der Gemeinden an dieser Steuer zum mindesten erhöhen. Einer Kontrolle des Reiches über die Gemeinden müssen wir ein ganz ernstliches „Nein“ entgegenstellen. Auf keinem anderen Boden können sich die verschiedenen politischen Richtungen so leicht zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, wie in der Gemeinde.
Darauf wurde die Aussprache abgebrochen. Das Gesetz über die Veranlagung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum und das Gesetz über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz wurden an den Reichsausschuß verwiesen. Das Haus vertagte sich auf Freitag 2 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Sozialdemokratie und Steuerkompromiß.

Zwangsanleihe statt Sachwertverlustrung?
Berlin, 19. Jan. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, ihrem Vorschlag die Vollmacht zu erteilen, mit dem Zentrum in Verhandlungen über das Steuerkompromiß einzutreten. In parlamentarischen Kreisen wird erwartet, daß die Sozialdemokraten auf der Grundlage einer vom Reiche anzulegenden dreistufigen Zwangsanleihe von ihrer Forderung auf Erlassung der Sachwerte absehen werden.

Die deutsche Denkschrift an die Reparationskommission.

Berlin, 19. Jan. Die Arbeiten der einzelnen Reichsministerien zur Aufstellung des von der Reparationskommission geforderten deutschen Reform- und Garantieplanes sind im vollen Gange. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die Denkschrift u. a. eingehende Mittelungen über die Wirkung der neuen Steuern und über die beabsichtigte Regelung der Kohlenpreise enthalten. In Bezug auf die von der Entente geforderte Stilllegung der Kohlenpresse beabsichtigt die Reichsregierung auf die vollen Schwierigkeiten hinzuweisen, die damit verbunden wären. Nach dem bisherigen Abbruch der Reichsstände sollen nicht mehr als 18 Milliarden Papiermark für die Reparationsleistungen zur Verfügung stehen, wenn man von einer weiteren Vermehrung der schwebenden Schulden Abstand nehmen will. Auch für die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau Russlands soll die Denkschrift Vorschläge enthalten.

Europa soll Frankreich zur Vernunft bringen.

(Wiener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
London, 19. Jan. Der Washingtoner Vertreter der „Daily Express“ erklärt, die Regierung der Vereinigten Staaten sei der Ansicht, Europa müsse das vom Chauvinismus aufgewühlte Frankreich zur Vernunft bringen. Die Vertreter des Präsidenten Harding vertreten den Standpunkt, daß Amerika bei dem augenblicklichen Stand der Dinge kein Schlichteramt übernehmen dürfe, weil es sich sonst selbst allen möglichen Arten von Danksage. Aus diesen Gründen werde es der amerikanischen Regierung auch kaum möglich sein, an der Wirtschaftskonferenz zu Verona teilzunehmen.

Keine Unstimmigkeiten im englischen Kabinett.

Glasgow, 19. Jan. Finanzminister Chamberlain stellte gestern eine Rede das in England verbreitete Gerücht in Abrede, daß von einer Unstimmigkeit im Kabinett und sogar von einem Austritt Vond Georges spräche. Das Kabinett habe einstimmig beschlossen, daß eine Auflösung des Parlaments nicht in Frage komme, ehe die vorläufige Regierung von Irland nicht gebildet worden sei. (H. T. B.)

150 Prozent Zuschlag zur Gewerbesteuer.

Stadtverordneten - Sitzung. In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten...

Deckung der Fehlbeträge in den Haushaltplänen für 1920 und 1921 von zusammen 108 1/2 Millionen Mark.

Nach dem vorläufigen Rechnungsabschluss beträgt der Fehlbetrag für das Rechnungsjahr 1920 24 Millionen Mark...

Zuschlag von 150 Prozent

erhoben. Der Rat soll aber erlauben werden, dass Steueramt anzuweisen, von dem Härteparagrafen in weitgehendem...

St. W. Vein (Soz.) erklärte, dass seine Fraktion bereit...

gewesen sei, für 200 Prozent Zuschlag zu stimmen. Die Steuer sei die gerechteste, die in den letzten Jahren gemacht...

Wenig die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen...

wird das Zuschlag von 150 Prozent auf sächsischen Gewerbesteuer...

Auf einen Antrag des St. W. Oelber (Soz.) auf...

Streckung der Tiefbauarbeiten, um Entlohnungen zu vermeiden, teilt der Rat mit, dass die...

Bahnpreisermäßigung für Archaibeschädigte auf der...

Beschädigte sich ein Antrag des St. W. Orner (Komm.), durch den der Rat...

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 Uhr. — Es folgte eine...

geheime Sitzung.

Turnen - Sport.

Bühneturnen des Dresdner Turngaues.

Anlässlich der Tagung der Gaukommission und Gau...

Turnen.

Der Turnverein Neuhubi 1. Sa. veranstaltete am Sonntag...

Hofen.

Die Abführung der Stadtabteilung des Turn- und Sport...

Winterport.

Aus Bad Gottleuba wird ausgeschrieben: Der Winterport...

Ab Dresden Hauptbahnhof vormittags 7.15, an Pirna 7.30, an...

St.-Verträge in Oberwiesenthal.

Die Verträge der Deutschen Turnerschaft in Oberwiesenthal...

Radisport.

H. H. Wandersfall 1896 (H. D. H.). Die diesjährige Gau...

Berg- und Wandersport.

Die Miene Hermann der 8. Abteilung des Dresdner Turn...

Cassiport.

Wetis und Senckfänge 1922. Im Reichsverband für...

Vereinskalender

Der Radfahrverein Wandersfall 88, Dresden, bezieht...

Derliches und Sächsisches.

Der Bürgerverein Dresden-Leuben und Landesh. Was Generationen nicht gelincau konnte, das vollbringt...

im bevorstehenden Frühjahr unterziehen wollen, haben für...

Einführung des Stasfektariefes im Erprekahnverkehr.

Am Eisenbahnverkehrsverkehr wird ab 1. Februar der...

Arkaseninnerungsblätter des ehem. 10. Buhl.

Schl. Infanterieregiments Nr. 124. Anfang Februar...

Coöpm. Der Gemeindefürsorge Strelker ist seit...

Realn dieses Jahres 25 Jahre Mitglied des Gemeindefürsorge...

Reihen. Am Montag wurde der auf dem hiesigen...

Korpsbahnhofs beschäftigte 30 Jahre alte Diszernier...

Seite 34 Dresden Nachrichten Freitag, 20. Januar 1922 Seite 3

Sonnabend den 21. Januar
beginnt unser diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

Hervorragend
sind unsere Stoffe,
Erstklassig
ist unsere Verarbeitung,
Überraschend
ist unsere enorme
Preisermäßigung

Eger & Sohn
König-Johann-Str. Eckhaus Weißesgasse

Platin
Gold
Silber
Brillanten,
Meißner Porzellane,
Bronzen, Kristalle etc.
Perser-Teppiche
und -Brücken
verkauft Sie am besten bei
Gutter
37 Gruner Str. 37
Ecke Albrechtstr.
Laden.
Telephon 1333L.



Wir machen ergebenst darauf aufmerksam,
dass wir mit einem großen Transport (etwa 500 Stk.)
**guten Arbeits- u.
Wagenpferden**
aus der Tscheco-Slowakei stammend (Goldens-
pferde der Republik) eingetroffen sind und die-
selben in den Räumen der **Dresdner Pferde-
Ausstellung, Dresden-Rick, 3.** Verkauf stellen.
Reflektanten bitten wir zur geil. Musterung der Pferde.
Die Pferde sind ein Gelegenheitskauf und sehr preiswert.
Tel. 14492
14232
34710
**Oscar Sübler & Co.
3. Bialaschewsky.**

Fohlen
müßigen Schlag s. 24, 3. all.
schöner u. vorz. ugl. im Heide-
verkauf **Meliora Frital,
Hermann Zimmermann.**
2 kl. unversehrte Junge
schwarzbr. Pferde,
164 groß, fast fromm, gut
auf d. d. Stadt u. Land, preisw.
zu vers. **Reibergstr. 128.**
Ein Paar braune Oldenburger
Wagen-Pferde
(Mollaten), 5 u. 6 Jahre alt, 172
cm h., m. 2. Hand, kaputt u. zu-
sch. m. 1. Hand zu verkaufen.
Bismarck-Beer,
Bismarck-Str. 49L,
Telephon 49L.

Beiche Dielen-, Vorplatz- u. Veranda-Möbel,
haupts. Buchen (Lich. Bark, 2. Eßel), Buchenbuche, Zier-
druck, Bucher, Gabel, Krippe u. Säulen (Spitz) u. g.
Tischerstraße 7, l. Hnks.

Jagdhund,
im 4. Jahre, erigert, lacht gut,
ausgew. sehr, wünsch. im
Wald, preiswert zu verkaufen.
OS. un. U. 388 Gpck. 4. St.



Ein großes
**Oldenburger u. Beverländer
Kühe und Kalben,**
auch noch mit Ästern, 18 einzeln, 18
und Heil vom 24. Januar ab zum
Verkauf. Desgleichen ist ein großer
Transport (100 Stück) unger. Hehr.
starker bayrischer Gangochsen
ein und Heil vom 30. Januar ab im Aukt. "Markgraf" Wagen
und "Reichsbah" überaus billig zum Verkauf.
Biehhandlung **Ulbert Srenz, Bautzen.**
Telephon: Bautzen 157, Wohnung 94, Ubbau 12.
Bestellungen werden schon jetzt angenommen. Tausch auch
Schlachtvieh ein.

Zur Zucht:
1 Brauner-Ebel-Teufelchen,
1 Brauner-Ebel-Teufelchen
vorkauft
**Georg Schinko, Vandschone
Kasseler bei Söh. Hentze.**
Kutschschlitten
zu verkaufen in der Brauer-
Kasseler bei Söh. Hentze.

Albino-Kaninchen,
1 Hase und 2 Häsinnen, lamie
ausgewählte Belgische
Riesen-Kaninchen kauft
sicher Sächs. Serumwerk,
Dresden-N. Ubbaustr. 12.

Altertümer.
Im Auftrag einiger auswärtiger Sammler sollen folgende Gegen-
stände zu den höchsten Preisen angekauft werden: Antike Porzellane
(China, Meißner) usw. usw., Gruppen, Figuren, Gefäßstücke usw., alle
engl. oder franz. Kupferstücke (keine heilige), Bronze, Aronen, Dolm
jeder Art, geschlossene Gläser, Miniaturen, Möbel: wie Schränke,
Tische, Stühle, **Sessel** usw. und noch vieles andere.
Bereitschaft von der Stadt und von der Begüterung wollen sich
unter Zusicherung strengster Diskretion unter **J. J. 385 an Rudolf
Mosse, Dresden, wenden.**

Gold- u. Silber-
Gegenstände, Uhren, Ketten, Ringe
Platin, getr. Herren-Kleidungsstücke,
Leib- und Bettwäsche, Federbetten,
**Pfandscheine, Militärhosen,
Röcke und Mäntel kauft**
Zimmering, Pirnaische Str. 20.
Telephon 29949.
Kaufe auch von Handern und Dentisten.

Auktionshaus Eljas
Große Kunst-Auktion!
Im Auftrag des Eigner, Nachlass- und Konkursregulierungen usw. versteigere ich meistbietend gegen sofortige Barzahlung
Befichtigung u. Entgegennahme von Kaufaufträgen für die Versteigerung: **Montag, den 23. Januar 1922, 10-7 Uhr**
Versteigerung: **Dienstag, den 24. Januar, bis Donnerstag, den 26. Januar 1922, vorm. 10-2, nachm. 4-7 Uhr**
im Saal **Alindworth-Scharwenka-Haus, Bülowstraße 76,**
Ca. 100 Perser-Teppiche
Brüchen Läufer, Galeriestücke in allen Größen,
bis 25 qm, in
feinsten Anfertigungen der orientalischen Teppichkunst, u. a.
Buchara, Täbris, Afghan, Kirman, Gebel- u. Seiden-
Teppiche, Perserghan, Mahal, Mossal, Schirus, Saman-
dan, Yamouth, Bergamo, Kazah, Serabend, Padig,
Schirwan, Bagawan, antike Sigural-Teppiche,
darunter seltene Sammlerstücke.
Ich bin wieder beauftragt, die Teppiche unter allen
Umständen zu realisieren, so daß Gelegenheit ge-
boten wird, echte Perser Teppiche von seltener Schön-
heit zu billigen Preisen zu erwerben. Kapitalanlage
ersten Ranges, dauernd und steigender Wert, da
Einfuhr unmöglich.
Berlin, Potsdamer Str. 74 **Rudolph Eljas** **Bernsprecher: Lüchow 1939**
Auktionator für Kunstfachen.

Kaufe
Gold - Silber - Platin
Gegenstände und -Bruch
Zähne und Gebisse
Brillanten und Perlen - Pfandscheine
Schwarz Soosstraße 17
2. Stock
Kein Laden, nur 2. Stock
Tel. 17812
Dachlatten, 3-7 m lang,
Mts. a. Weggen Dresden-N., Kahlenhühel, abzugeben
Heinr. Matschke, Zimmerstr. 28/Hertha Nr. 47. Tel. 2178.

Großes Schuhwerk-Übernahmungs-Geschäft

zu unvorstellbar billigen Preisen!
Nur Ia Qualitäten - Weitgehendste Garantie für jedes Paar - Allerneueste Formen

Damen-Hausschuhe schwarz Leder, gute Verarbeit., mit Lederabsatz, extra billig	58 ⁰⁰	Damen-Spangenschuhe schwarz Leder, Ia Qualität, hoher Lederabsatz, prima Leder- sohlen, kurze Form	58 ⁰⁰	Damen-Schnürstiefel in Chevreau und Rindbock, mit Kleiden und neuen Lederabsatz, moderne Formen, extra billig	138 ⁰⁰	Herren-Halbschuhe schwarz Leder, mit Lederriemen, kurze mod. Form, Vergusausführ., Gabel-Weil, leichte Kammnarb.,	198 ⁰⁰
Damen-Spangenschuhe schwarz Chevreau, kurze mod. Form, hoher Lederabsatz	78 ⁰⁰	Damen-Schnürhalbschuhe schwarz Chevreau, Ia. Form, kurze elegante Form, hoher Leder- absatz, extra billig	128 ⁰⁰	Damen-Schnürstiefel in prima Kleiden, m. verarbeit. Stoffen, hoheleg. Form, 1 od. 2 Leder- Vergusausf., Gabel-Weil, Kammnarb.	168 ⁰⁰	Herren-Schnürstiefel in Rindbock u. Rindbock, mod. Form, Lederabsatz, Lederriemen- sohle, extra billig	198 ⁰⁰
Damen-Spangenschuhe schwarz Chevreau, hoher Leder- absatz, kurze mod. Form	98 ⁰⁰	Damen-Lohnrhalbschuhe schwarz Leder, schick, kurze Form, hoher Lederabsatz, leer preiswert	158 ⁰⁰	Damen-Schnürstiefel, braun, Chevr. und Rindbock, hochscholl, mit 2 od. 3 Gabeln, hoheleg. Form, Vergusausf., Kammnarb.	188 ⁰⁰	Herren-Knopfstiefel schwarz Leder, m. großen Knöpfen, hoheleg. Form, Vergusausführ., Gabel-Weil, leichte Kammnarb.	238 ⁰⁰
Damen-Spangenschuhe schwarz Chevreau, schick, kurze Form, hoher Lederabsatz, mit 2 od. 3 Gabeln	138 ⁰⁰	Kinderstiefel weiß Leinen, harter Leder- absatz, prima Qualität, 22 bis 30	38 ⁰⁰	Damen-Schnürstiefel in Rindbock und Chevreau, mit halbhohen Kleiden, mit u. ohne Lederabsatz, moderne Formen	188 ⁰⁰	Herren-Halbschuhe, braun Rindbock, mit 2 Lederriemen, kurze Form, Gabel-Weil, Kammnarb. arbeit	238 ⁰⁰
Damen-Spangenschuhe braun, schick, kurze u. Gabel- form, kurze mod. Form, hoher Lederabsatz, Gabel- Weil, Kammnarb.	148 ⁰⁰	Kinderstiefel braune Malteser und Rindbock, extra gute Qual., in hell u. dk. Farb., Gr. 27-30 1922, 0, 31-35	138 ⁰⁰	Damen-Schnürstiefel schwarz Leder (hochscholl), kurze elegante Form, hoher Leder- absatz	198 ⁰⁰	Herren-Schnürstiefel schwarz Leder, kurze, eig. Form, Vergusausführ., Gabel- Weil, leichte Kammnarb.	298 ⁰⁰
Damen-Pumps-Halbschuhe in braun, extra u. schwarz, hoch- scholl u. Gabel, hoher Lederabsatz, allerneueste Form, Kammnarb.	148 ⁰⁰	Konfirmantenstiefel in Chevreau und Rindbock, Lederabsatz, Lederriemensohle, moderne Form	128 ⁰⁰	Damen-Schnürstiefel in Rindbock (hochscholl), m. u. ohne Lederabsatz, hoher Lederabsatz, leichte Ausföhr., Kammnarb.	248 ⁰⁰	Herren-Schnürstiefel schwarz Leder, hochscholl, Vergusaus- führ., Gabel-Weil, Kammnarb. arbeit, extra billig	398 ⁰⁰

**Jedes
Angebot
ein
Schlager**
Kinderstiefel
für Knaben und Mädchen, in Rindbock, Rindbock,
Zustiefer, prima Qualität, Kammnarb.
27-30 1-3-3
88,00 98,00

Loewenstamm

Scheffelstr. 28
1. Etg. Wollfeiler

